

«Raaflaubs Distanz war richtig»

FINMA Der bruske Abgang von Finma-Direktor Raaflaub verstärkt den Ruf nach einer engeren politischen Begleitung der Aufsichtsbehörde. Ganz anders sieht das die in Luzern lehrende Finanzrechtsprofessorin Monika Roth.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Monika Roth, was bedeutet der Rücktritt von Finma-Direktor Patrick Raaflaub?

Monika Roth*: Der Rücktritt ist überraschend und erfolgt ja nahezu umgehend. Ich beurteile seine Tätigkeit als schwierig, und ich bin der Ansicht, dass er es grundsätzlich gut gemacht hat.

Auf dem Finanzplatz gab es aber ungewöhnlich scharfe Kritik am obersten Aufseher.

Roth: Die Finanzbranche hat ein anderes Verständnis von der Aufgabe der Aufsicht, nämlich die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Finma ist aber nicht Schweiz Tourismus, und die Distanz, die Patrick Raaflaub gegenüber den Beaufichtigten hatte, war richtig, ebenso wie seine zum Teil deutlichen Worte.

Wie steht es mit dem Vorwurf der Überregulierung?

Roth: Die Regulierungsflut, die über den Finanzplatz Schweiz hereingebrochen ist, ist mehrheitlich international bedingt oder durch das Verhalten der Banken selbst verursacht. Meine Kritik an der Finma bezog sich nie auf die Person Raaflaub, sondern auf die Ausgestaltung der Behörde und den Mangel an Strategie, wobei man sich fragen muss, ob das nicht grosse Worte sind: Eine Aufsichtsbehörde hat die Regeln umzusetzen, und die Strategie des Finanzplatzes wird nicht durch sie bestimmt.

Worauf muss bei der Nachfolgeregelung geachtet werden?

Roth: Fachkenntnis, damit die Diskussion mit den Beaufichtigten auf Augenhöhe erfolgt, Unabhängigkeit, Integrität und Beharrlichkeit. Hinzu kommen Selbstsicherheit und Zivilcourage, nicht aber Anlehnungsbedürfnis. Denn: Everybody's Darling is Everybody's Depp.

Auch über einen vorzeitigen Abgang von Verwaltungsratspräsidentin Anne Héritier Lachat wird spekuliert? Hat die Finma ein personelles Problem?

Roth: Ich habe die Präsidentin als zurückhaltend wahrgenommen. Das ist ja grundsätzlich richtig; man wünschte sich indessen in diesen belasteten Zeiten jemanden, der den CEO der Finma auch öffentlich stützt und klare Worte findet. Daran hat es gefehlt. Die gesuchte Nähe zur Politik befremdet. Die Finma ist ja eine Verwaltungsbehörde wie eine andere auch, und es stört mich, dass sie ihr eigenes Standing als strategisches Ziel nennt und sich selbst lobt. So enthält der Jahresbericht 2012 zum Beispiel viel warme Luft und PR, inklusive des Geschwätzes zur neuen Strategie.



Patrick Raaflaub, Direktor der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht, und Präsidentin Anne Héritier Lachat bei der Präsentation des Jahresberichts im letzten Jahr in Bern.

Keystone/Lukas Lehmann



«Die Finma ist nicht Schweiz Tourismus.»

MONIKA ROTH,
FINANZRECHTSPROFESSORIN

Wie beurteilen Sie die Aufsichtstätigkeit der Finma?

Roth: Meine Wahrnehmung ist durchzogen: Die Finma hat international eine gute Position. Was die Fragen des Ansehens anbelangt, so redet sie davon, aber wenn es konkret wird – wie bei den Retrozessionen –, versagt sie grösstenteils.

Bürgerliche Politiker wollen die Finma stärker für die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einspannen. Was sagen Sie dazu?

Roth: Das Finanzmarktaufsichtsgesetz enthält Zielkonflikte, die international schon kritisiert worden sind. Ich bin nicht der Ansicht, dass man eine unabhängige Aufsichtsbehörde gleichzeitig mit der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit beauftragen kann. In der Botschaft des Bundesrates zum Gesetz wird konkret ausgeführt, dass die Stellung einer Finanzmarktaufsichtsbehörde sich «am ehesten mit derjenigen einer Justizbehörde vergleichen» lasse. Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit kann über eine unab-

hängige Aufsichtstätigkeit erfolgen – also indirekt.

Soll die Finma die Möglichkeit erhalten, Bussen zu verhängen?

Roth: Ja, Verwaltungsbussen sollte sie verhängen können, und ich habe Herrn Raaflaub nicht verstanden, als er sagte, dies sei nicht nötig.

Soll die Finma offensiver kommunizieren und im Sinne eines Naming and Shaming die Betroffenen von Verfügungen konsequent beim Namen nennen?

Roth: Das Naming-and-Shaming-Prinzip basiert ja letztlich auf der Erwartung und Erfahrung, dass es Akteure gibt, die sich von illegitimen oder illegalen Verhaltensweisen nur abhalten lassen, wenn sie Angst haben müssen, dass dies an die Öffentlichkeit gelangt. Die stärkste Prävention ist die Angst davor, entdeckt zu werden. Hier muss man ansetzen. Und hier steht dann das Thema der Unabhängigkeit der Revisionsstellen wieder einmal auf der Menüliste.

Sie haben kürzlich eine Abhandlung* über die institutionellen Probleme der Finma und die Rolle des Verwaltungsrats verfasst. Was müsste sich ändern?

Roth: Die Unabhängigkeit von der Politik und von der Branche ist zentral, und ich bin daher für eine längere Amtsperiode der Verwaltungsräte. Die Finma argumentiert demgegenüber, eine Verlängerung der Amtszeit von gegenwärtig vier auf acht bis zehn Jahre würde die Steuerung der Finma durch den Bund schwächen. Weil Änderungen in der Zusammensetzung des Verwaltungsrats nur bei Austritten oder Abberufungen aus wichtigem Grund vorgenommen werden könnten.

Das ist aber kein stichhaltiges Argument.

Warum nicht?

Roth: Der Verwaltungsrat muss dringend seine Rolle kritisch reflektieren. Das Gremium darf sich keineswegs als Teil einer homogenen Einheit von Politik und Branche verstehen. Meine Analyse hat ergeben, dass es hier Handlungsbedarf gibt. Der faktische und gestalterische Einfluss des Bundesrates und damit der Politik ist prägend. Das widerspricht der Unabhängigkeit schon vom Ansatz her. Das Vorbild «Justiz» muss ganz anders überlegt werden: Diese hat keine politische Strategie zu entwickeln, sondern das Gesetz umzusetzen. Das gilt auch für die Finma.

Welche Gefahren bestehen denn beim gegenwärtigen Selbstverständnis? Können Sie ein Beispiel nennen?

Roth: Die grösste Gefahr ist die, dass man sich den Denkverböten der Politik unterwirft. Ein «Klassiker» ist der Umgang mit un versteuerten Geldern. Die Finma-Vorgängerbehörde EBK hat sich damals darauf gestützt, dass es kein Problem sei, solche Gelder entgegenzunehmen. Diese Haltung stützte sich auf die politische Mehrheit und die massive Ablehnung der SP-Bankeninitiative im Jahr 1984. Die damit verbundenen Rechts- und Reputationsrisiken wollte man nicht sehen; man war der Politik zu nahe.

HINWEIS

* **Monika Roth** ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Sie hat kürzlich eine Abhandlung über die Finma verfasst: «Der Finma-Verwaltungsrat und die Strategie – und sagte kein einziges Wort?», Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins, Band 149, 2013, Heft 12

Opposition reist nach Montreux

SYRIEN Repräsentanten der in Istanbul versammelten syrischen Exil-Opposition haben sich gestern Abend nach eigenen Angaben «mehrheitlich» für eine Teilnahme an der am Mittwoch in Montreux geplanten Friedenskonferenz entschieden. 58 Vertreter der «Syrischen Nationalen Koalition» (SNC) sollen für eine Reise zum Genfersee gestimmt haben, 14 dagegen. 44 der mit 120 Mitgliedern grössten und einflussreichsten politischen Gruppe der Regierungsgegner hatten allerdings an der Abstimmung nicht teilgenommen. Sie drohten mit einem Rücktritt, falls das Bündnis die Einladung der Vereinten Nationen akzeptieren sollte.

Das Minderheitsvotum zeigt einmal mehr, wie zerstritten die syrische Opposition ist. Die von den westlichen und arabischen Verbündeten des syrischen Widerstandes noch vertiefte Spaltung ist der wichtige Grund dafür, dass sich das Assad-Regime auch drei Jahre nach dem Beginn des Volksaufstandes noch halten kann, gegenwärtig sogar fester im Sattel sitzt, als noch vor einem Jahr.

Auch Assad-Regime vertreten

An der Konferenz in Montreux werden auch Vertreter des Assad-Regimes teilnehmen. Die einflussreichsten Rebellenorganisationen haben bereits deutlich gemacht, dass sie nicht in die Schweiz kommen werden und eventuelle Beschlüsse des SNC nicht anerkennen werden. Für die Vertreter der Aufständischen kommt nur der Sturz von Baschar el Assad in Frage. Die von westlichen und arabischen Staaten dominierte Kontaktgruppe der «Freunde Syriens» besteht darauf, dass auf der Konferenz in Montreux die Einsetzung einer Übergangsregierung ohne den Diktator eingeleitet wird. Dagegen wehrt sich Russland, dass ebenfalls an der Veranstaltung teilnehmen wird.

Politische Beobachter halten es bereits für einen Fortschritt, dass in Montreux Vertreter von Opposition und Regierung an einem Tisch sitzen werden. Damit würden sie zumindest akzeptieren, «dass es den anderen gibt und sie miteinander sprechen müssen», sagte die in Beirut lebende Syrien-Expertin Friederike Stolleis gegenüber der «Zentralschweiz am Sonntag».

Politische Fragen, wie die Zukunft Syriens, dürften in Montreux erst einmal hintenangestellt werden. Es wäre schon bemerkenswert, wenn ein vom Assad-Regime vorgeschlagener Waffenstillstand in Aleppo und anderen Städten beschlossen und dann auch umgesetzt würde. Auch die Lieferung von humanitärer Hilfe in die Kampfgebiete könnte eine Annäherung der Konfliktparteien erleichtern.

MICHAEL WRASE, BEIRUT
nachrichten@luzernerzeitung.ch

NACHRICHTEN

Lombardi sprengt die Spesenkasse

PARLAMENT sda. Die intensive Reisetätigkeit von Ständeratspräsident **Filippo Lombardi** schlägt sich im Budgetposten «Internationale Beziehungen» nieder. Wegen einer Kostenüberschreitung von 160 000 Franken muss ein Nachtragskredit beantragt werden, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilen. Zur Kostenüberschreitung habe insbesondere die «intensive Reisetätigkeit» Lombardis geführt.

Finma steht vor heiklen Personalentscheiden

NACHFOLGE Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) steht fünf Jahre nach ihrem Start vor ihrer bisher grössten Bewährungsprobe. Neben der Kontroverse über Auftrag und Umsetzung geht es um die Besetzung der Spitzenposten. Was die Nachfolge von Patrick Raaflaub betrifft, so ist der Prozess nach den Worten von Finma-Sprecher Tobias Lux bereits im Gang. Nicht äussern will er sich zur Frage, ob die Stelle noch ausgeschrieben wird. Auch ein Anforderungsprofil ist nicht verfügbar. Klar ist, dass es neben Fachkenntnissen auch Führungserfahrung braucht, um eine Behörde mit 481 Vollzeitstellen zu leiten. Ein Wechsel aus der Wissenschaft auf den CEO-Posten der Finanzmarktaufsicht kommt deshalb kaum in Frage.

Die Suche dürfte sich auf Kaderleute aus der Finanzbranche konzentrieren, allenfalls auch aus finanznahen

Bereichen der Verwaltung. Oder aber der Verwaltungsrat als Wahlgremium entscheidet sich für ein Mitglied der jetzigen Finma-Geschäftsleitung. Nahegelegener Kandidat wäre Mark Branson, der als bisheriger Stellvertreter Raaflaubs die Geschäftsleitung nun interimistisch übernimmt. Sein Handicap ist die UBS-Vergangenheit. Und, obwohl das Schweizer Bürgerrecht im Unterschied zum Nationalbank-Direktorium nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, wohl auch die britische Staatsbürgerschaft.

Bundesrat redet mit

Bei der Wahl des neuen Finma-Direktors hat indirekt auch der Bundesrat ein Wort zu sagen, muss der Verwaltungsrat seinen Entscheid doch dem Bundesrat zur Genehmigung vorlegen. Wie das im Detail abläuft, ist nicht bekannt. Konsultationen dürften aber

in irgendeiner Form stattfinden, käme eine Nichtgenehmigung doch einem Affront gleich. Das Wahlgeschäft wird vom Nominationsausschuss des Verwaltungsrats vorbereitet. Diesem dreiköpfigen Gremium gehören Präsidentin Anne Héritier Lachat als Vorsitzende sowie Vizepräsident Paul Müller und Verwaltungsrat Joseph Rickenbacher an.

Die eher kryptische Stellungnahme der Finma zu den Spekulationen über einen vorzeitigen Rücktritt der Verwaltungsratspräsidentin – sie bleibt demnach bis 2015, wobei die Amtsperiode bis Ende 2015 dauert – deutet darauf hin, dass bei der Finanzmarktaufsicht in absehbarer Zeit ein weiteres wichtiges Wahlgeschäft ansteht. Im Falle des Verwaltungsrats ist der Bundesrat Wahlgremium. Er tat sich schon bei der Wahl von Héritier Lachat ausgesprochen schwer. Die Wahl der Gen-

fer Finanzjuristin folgte Ende 2010 bloss zehn Tage vor dem Ausscheiden ihres Vorgängers Eugen Haltiner. Der Bundesrat entschied sich erstmals für eine Frau an der Spitze der Aufsichtsbehörde und für eine interne Bewerberin, gehörte Héritier Lachat doch bereits dem Verwaltungsrat an.

Limitiertes Kandidatenfeld

Die gesetzlichen Restriktionen (keine andere wirtschaftliche Tätigkeit) und das Salär (320 000 Franken Jahreslohn für einen Vollzeitjob) dürften das Kandidatenfeld auch bei der nächsten Wahl von vornherein limitieren. Vom jetzigen Verwaltungsrat kämen vom Alter her am ehesten die beiden Professoren Yvan Lengwiler (50) und Jean-Baptiste Zufferey (54) in Frage.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Qualität ohne Kompromisse

SWISSBAU
Halle 2.1
Stand G16

WYSS MIRELLA
Telefon 041 933 00 74
6233 Büren